

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 8036/39
Telex: 655846 pbbn d
Telefax: 21 06 84

Inhalt

Dr. Dieter Spöri MdL zur
Koalitionsdiskussion
der
DDR-SPD: Kohls Machtin-
stinkt wird unterschätzt.

Seite 1

Jochen Welt zur Notwen-
digkeit von Abfallvermeidung
und -verwertung: Die Stadt,
der Müll und die Umweltbe-
schädigung. (Teil I)

Seite 3

Dokumentation

Der Bundesvorstand der Ar-
beiterwohlfahrt (AWO) hat
sich dagegen ausgesprochen,
der DDR die Sozialordnung
der Bundesrepublik „überzu-
stülpen“. Wortlaut

Seite 6

45. Jahrgang / 57

22. März 1990

Kohls Machtinstinkt wird unterschätzt

Zur Koalitionsdiskussion der DDR-SPD

Von Dr. Dieter Spöri MdL

Mitglied des SPD-Parteivorstandes

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg

Die SPD in der DDR ist in einer schwierigen Situation. Wenn sie ihre anfängliche Position durchhält, nicht in eine Koalitionsregierung mit der Allianz zu gehen, hat dies sicherlich auch Nachteile: Dies bedeutet einerseits, zumindest auf begrenzte Zeit, einen Verzicht auf Teilhabe an Regierungsmacht und Schlüsselpositionen in der DDR, andererseits eine schwierige Durststrecke mit zwei politischen Fronten gegen PDS und die Allianz für Deutschland.

Dennoch dürften diese Gesichtspunkte für bundesdeutsche Sozialdemokraten niemals Anlaß sein, die SPD in der DDR zu bedrängen, sich jetzt an einer großen Koalition zu beteiligen. Diese Empfehlung ist für die Sozialdemokratie in der DDR und der Bundesrepublik eine verhängnisvolle Fehleinschätzung. Würde sie umgesetzt, müßte die SPD insgesamt wieder dafür bezahlen:

1. Die SPD wäre in der Koalition mit einer übermächtigen Ost-CDU ein Juniorpartner ohne ernsthafte Kritik- und Konfliktfähigkeit, der in die Verantwortung für alle Folgen unseriöser deutschlandpolitischer Versprechungen von Kohl und der Allianz eingebunden wäre.

2. Ohne ernsthafte Machtposition in der Regierung - Mehrheiten sind für die Ost-CDU in der Volkskammer auch ohne SPD möglich - würde die SPD die volle Oppositionsrolle an die PDS abgeben. Die PDS würde sich zum Hauptanwalt der Bürger bei den unausbleiblichen sozialen Folgeproblemen im Rahmen eines einmalig dramatischen Strukturwandels aufschwingen können.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Haussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 09

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Fernleihen möglich
mit wertvollen Rücksende-
Belegungspapier



3. Die einzig echte Machtposition der SPD in der Volkskammer, nämlich bei verfassungsändernden Vorhaben, ließe sich genauso aus der Oppositionsrolle wahrnehmen.
4. Für die SPD auf Bundesebene würde die Durchschlagskraft einer Strategie schonungsloser Auseinandersetzung mit den Folgen unseriöser deutschlandpolitischer Versprechungen und verantwortungsloser Alleingänge Kohls entscheidend geschwächt: Kohl könnte bei fast jeder Auseinandersetzung in der Bundesrepublik darauf verweisen, daß er sich im Einklang mit der Regierung der DDR und damit der SPD in der DDR befinde.
5. Jeder Kanzlerkandidat der SPD würde dadurch automatisch zahlos und von Herrn Kohl in Watte verpackt.
6. Die große Koalitionsdiskussion, die wir schon in Ansätzen haben, würde mitten in der Bundestagswahl trotz aller Dementis voll auf die Bundesrepublik übergreifen. Es gibt auch genügend Vertreter in der SPD, die dafür als Kronzeugen zitiert werden können.
7. Für die Grünen, die politisch in der Bundesrepublik in einer äußerst schlechten Verfassung sind, wäre diese Entwicklung eine einzigartige Frischzellentherapie. Die SPD könnte von vornherein mindestens drei Prozent Wählerverlust an die Grünen einkalkulieren, die sich als einzig echte und wahre Oppositionskraft in der Bundesrepublik präsentieren würden.
8. Nach einer einmaligen Schmutzkampagne im DDR-Wahlkampf, in dem nicht nur die DSU, sondern die gesamte Allianz für Deutschland die SPD als Ersatzorganisation der SED diffamiert haben, würde die SPD insgesamt Würde und Selbstachtung am Eingang des Kabinettsaals in Ost-Berlin abgeben.
9. Die innenpolitische Konstellation in der Bundesrepublik als Folge der aufgezeigten Entwicklung würde Oskar Lafontaine von der strategischen Anlage und vom politischen Naturell her eine erfolgreiche Auseinandersetzung mit Kohl von vornherein unmöglich machen.
10. Daß dies im Interesse von Helmut Kohl liegt, ist logisch und deshalb ist auch sein Eintreten für eine Regierungsbeteiligung der SPD als Juniorpartner in der DDR aus seiner Sicht völlig folgerichtig. Kohl hat einen Machtinstinkt, den offensichtlich alle jene in der Bundes-SPD unterschätzen, die sich auf seine warmherzigen Koalitionsvorschläge für die DDR einlassen.

(-/22.3.1990/rs/ks)

* * *

Die Stadt, der Müll und die Umweltbeschädigung (Teil I)

Zur Notwendigkeit von Abfallvermeidung und -verwertung

Von Jochen Welt
Bürgermeister der Stadt Recklinghausen

Wir diskutieren das Problem schon seit Jahren; Städte und Gemeinden sprechen vom Notstand, und der zuständige Umweltminister des Landes NRW fordert restriktive Maßnahmen: Es geht um den Müll und seine Entsorgung.

In der Tat sprechen die Zahlen eine deutliche Sprache. So erzeugt jeder 3-Personen-Haushalt in der Bundesrepublik inzwischen eine Tonne Abfall jährlich, das heißt bundesweit über 20 Millionen Tonnen, Tendenz steigend. Nordrhein-Westfalen rechnet mit sieben bis acht Millionen Tonnen Siedlungsabfällen im Jahr. Zusätzlich fallen hier durch die 14.600 Industrie- und Gewerbebetriebe jährlich fast 60 Millionen Tonnen industriell-gewerbliche Rückstände und Abfälle an.

In der politischen Diskussion werden diese Entwicklungen natürlich beklagt. Handlungsstrategien und Entsorgungskonzepte, die dann voll auf Verbrennung setzen, scheitern vielfach daran, daß die Bürger Müllverbrennungsanlagen - egal welchen Types - und Abfalldeponien nicht länger akzeptieren wollen, obwohl sie ihre Notwendigkeit zugeben.

Auch noch so ausgefeilte Gutachten, die nachweisen, daß die aus den thermischen Anlagen resultierenden Belastungen keinerlei gesundheitliche Gefährdungen zur Folge haben, vermögen die Akzeptanz der Abfallbeseitigungsanlagen nicht zu verbessern.

Bei all dem wollen die meisten von uns den Grundwiderspruch nicht sehen: einerseits der ständig zunehmende Konsum, die wachsenden Müllberge und das daraus resultierende Entsorgungsproblem, andererseits die sinkende Bereitschaft, Entsorgungsanlagen vor der eigenen Tür zu dulden. Diese nicht vorhandene Bereitschaft, dieser Widerwillen gegen eine Entsorgung, ist genauso eine Herausforderung an Wissenschaft, Wirtschaft und Politik wie Müllaufkommen und Entsorgung selbst.

Bereits in der ersten Bestandsaufnahme „Umweltprogramm“ wurde seitens der Bundesregierung im Jahre 1975 ein umfangreicher Zielkatalog für die Abfallwirtschaft formuliert. Die hier vorgestellten sogenannten „fünf Gebote der Abfallwirtschaft“ sind in ihrer Grundaussage auch heute noch gültig:

1. Der Abfall von Rückständen und Abfällen aller Art aus Produktion, Dienstleistung und Konsum ist zu vermeiden oder zumindest zu reduzieren.
2. Nicht vermeidbare Rückstände sollen möglichst unmittelbar wieder in einen Produktions- oder Konsumkreislauf zurückgeführt werden.
3. Aus den eingesammelten Abfällen sollen möglichst viele Wertstoffe gewonnen werden.
4. Die nach der Wertstoffgewinnung verbleibenden Abfälle sollen einer sinnvollen Verwertung zugeführt werden.
5. Die nach allen vorangegangenen Bemühungen verbleibenden Reststoffe sind unter umweltschonenden Gesichtspunkten geordnet abzulagern.

Nun gibt es bei der Umsetzung dieser fünf Gebote auf den unterschiedlichen politischen Ebenen enorme Schwierigkeiten. Schon allein das sogenannte Vermeidungs- oder Minimierungsgebot wird politisch und wirtschaftlich nicht umgesetzt.

Inzwischen aber steigen die beseitigungspflichtigen Abfallmengen. Obwohl es wirtschaftlich möglich wäre und obwohl es politisch umgesetzt werden könnte, werden Maßnahmen zur Eindämmung des Verpackungswahnsinns gar nicht erst ergriffen. Gemeinden, die sich bislang allein auf den Weg gemacht haben, eine sogenannte Verpackungssteuer einzuführen, werden vom NRW-Landesinnenminister mit dem Hinweis auf kommunale Nichtzuständigkeiten an- und zurückgepiffen.

So sind die Zielvorgaben, wie sie im ökologischen Abfallwirtschaftskonzept des Landes NRW formuliert werden, mit einer angepeilten Vermeidungsrate von 15 Prozent des Hausmüllaufkommens nur ein Tropfen auf den heißen Stein, fangen sie doch noch nicht einmal die kontinuierlichen Steigerungsraten des Hausmüllaufkommens in den nächsten zehn Jahren auf. Falls die Zielsetzung der Vermeidung und Minimierung nicht mit konkreten gesetzgeberischen Verbots- und Anreizsystemen versehen wird, quasi also mit Zuckerbrot und Peitsche, muß dieser politische Ansatz als halbherzig und inkonsequent bewertet werden.

Ähnlich sieht es mit dem sogenannten Primär-Recycling aus, also mit der unmüllbaren Rückführung der nicht vermeidbaren Abfälle in den Produktions- oder Konsumkreislauf. Zwar gibt es inzwischen in den Gemeinden getrennte Sammlungen von Papier, metallischen Stoffen, Glas und anderen Rückständen, doch auch hier tun sich Gemeinden mit einem flächendeckenden, getrennten Sammelsystem nach wie vor schwer, fehlt aber auch höherer politischer Wille, sie bei ihren Anstrengungen konsequent zu unterstützen.

So ist zum Beispiel gar nicht nachzuvollziehen, warum die im Rahmen regionaler alternativer Beschäftigungsinitiativen gut arbeitenden gemeinnützigen Recyclingstellen, zum Beispiel die „Umweltwerkstatt“ im Kreis Recklinghausen, nicht ganz normal zum kommunalen Entsorgungskonzept und damit auch zum kommunalen Finanzierungsverbund der Abfallentsorgung gehören. Solche Institutionen kämpfen heute - hochmotiviert, effektiv und akzeptiert bei der Bevölkerung - noch immer um ihre Legitimation bei den unteren Abfallbehörden. Sie überlebten ihre Existenzkrisen zu einem großen Teil nur durch die jährlich bewilligten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Wenn man es mit diesem Gebot des Primär-Recycling ernst meint, wäre es ein Leichtes, derartige Initiativen über die städtischen Gebührenhaushalte zu finanzieren und damit zugleich erhebliche arbeitsmarktpolitische Effekte zu erzielen.

Ein weiteres Gebot des sogenannten Sekundär-Recyclings, das heißt die Gewinnung von möglichst vielen Werkstoffen aus den eingesammelten Abfällen, ist bislang in der Bundesrepublik und insbesondere in Nordrhein-Westfalen ein wissenschaftliches Thema geblieben, noch fehlt es hier sowohl an politischer als auch an wirtschaftlicher Kreativität und Konsequenz bei der Realisierung. Alle bisherigen Versuche wie zum Beispiel im Rahmen des „Rohstoffrückgewinnungszentrums RE“ scheiterten offensichtlich bislang aus wirtschaftlichen Gründen, nämlich an der mangelnden ökonomischen Effizienz

des Versuches. Hier hergestellte Recyclingprodukte finden auf dem Markt offensichtlich keine Abnehmer, so daß eine stoffliche Verwertung im RZA schon vor längerer Zeit eingestellt wurde. So ist das ehemals mit großem Anspruch entwickelte Konzept eines Rohstoffrückgewinnungszentrums inzwischen zu einer sprachlichen Leerformel und Rechtfertigungsfloskel verkommen.

Allein die thermische Verwertung von Müll ist Aufgabe dieser Einrichtung geblieben.

Unser 4. Gebot der Abfallwirtschaft fordert nun die Anwendung von technischen Behandlungsverfahren für all die Abfallstoffe, die nicht weiter recycelt werden können, in der Bundesrepublik wie in Nordrhein-Westfalen derzeit der größte Teil. Diese Abfälle sollen in verwertbare Substanzen oder Energie umgewandelt werden. Gerade dieser Intention, gerade den dafür nötigen technischen Verfahren wird in NRW mit der thermischen Aufbereitung, also mit der Verbrennung des Mülls, große Aufmerksamkeit geschenkt.

Neben der Realisierung der Grundsätze in den vorgenannten Geboten, die ja augenscheinlich an ihre Grenzen gestoßen ist, dominiert die zuletzt genannte thermische Müll-Verwertung des Mülls. In allen bislang vorliegenden Konzepten, sowohl in der Studie „Ökologische Abfallwirtschaft in Nordrhein-Westfalen“, als auch in den bekannten Abfallwirtschaftskonzepten der Kreise und kreisfreien Städte, ist dies klar ersichtlich.

So werden führende Politiker im Rahmen der Abfallwirtschaftsdiskussion auch gegen den zunehmenden Widerstand aus der Bevölkerung nicht müde, dieser thermischen Verwertung, also dem Neubau von Müllverwertungsanlagen, das Wort zu reden, obwohl die fehlende Akzeptanz als auch neueste wissenschaftliche Erkenntnisse die Politik geradezu herausfordern, einen dritten Weg zu finden.

Dabei sei schon jetzt klargestellt, daß es nach dem gegenwärtigen Stand der Technik wohl nicht um einen generellen Verzicht auf die Müllverbrennung gehen kann, wohl aber um eine drastische Reduzierung, also um die Frage, ob die flächendeckende Ansiedlung von Müllverbrennungsanlagen in Nordrhein-Westfalen wirklich zwingend ist.

Kann es nicht vielleicht gelingen, durch Maßnahmen von Vermeidung der Primär- und Sekundärverwertung das Volumen so zu reduzieren, daß man mit einem Minimum an Verbrennungskapazitäten auskommt? Vorhandene Müllverbrennungsanlagen, die für die Fläche stärker genutzt werden können und Neubauten von Müllverbrennungsanlagen dürfen nur der allerletzte Ausweg sein.

(-/22.3.1990/rs/ks)

* * *

(Den zweiten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe).

DOKUMENTATION

Der DDR nicht unsere Sozialordnung überstülpen

Der Bundesvorstand der Arbeiterwohlfahrt (AWO) hat sich dagegen ausgesprochen, der DDR die Sozialordnung der Bundesrepublik „überzustülpen“. Wir dokumentieren die Erklärung der AWO, die ihre Tätigkeit in der DDR jetzt wieder aufnimmt, im Wortlaut.

Im Zusammenhang mit dem Aufbau von freier Wohlfahrtspflege und einer notwendig werdenden Annäherung sozialer Sicherungssysteme kritisiert der Bundesvorstand der Arbeiterwohlfahrt die Tendenz, den Bürgern in der DDR die Sozialleistungssysteme der Bundesrepublik praktisch nahtlos und undifferenziert überstülpen zu wollen.

Er appelliert deshalb an alle Parteien, das jetzige Sozialleistungssystem der DDR schrittweise und mit Augenmaß an das der Bundesrepublik anzunähern und auszubauen.

Das Leistungsniveau der DDR für Rentner und Kranke liegt zwar in aller Regel unter dem der Bundesrepublik, doch ist in der DDR zum Beispiel die wünschenswerte Vereinbarung von Beruf und Familie weitaus besser als bei uns gewährleistet. In der DDR gilt der Vorrang der Arbeit vor der Finanzierung der Arbeitslosigkeit. Nahezu alle Bürger sind in den vorrangigen Sozialleistungssystemen abgesichert. Die Sozialfürsorge ist auf wenige Personen mit besonderen individuellen Bedarfslagen beschränkt. Außerdem gibt es einen hohen Bestand an preiswerten Sozialwohnungen, auch wenn der Standard dieser Wohnungen viel zu wünschen übrig läßt. Trotz des generellen niedrigen Niveaus ist die soziale Sicherung unter Einschluß einer Mindestsicherung umfassender angelegt als bei uns, das heißt es gibt im Bereich der Jugend- und Familienförderung Regelungen, die gegenüber der Bundesrepublik vergleichsweise besser sind und deshalb nicht auf unser bundesrepublikanisches Durchschnittsniveau heruntergefahren werden dürfen.

Das gilt auch für eine bessere betriebliche und frühkindliche Gesundheitsfürsorge.

Die schematische Einverleibung des DDR-Sozialleistungssystems in das der Bundesrepublik Deutschland würde zum Teil zu Verschlechterungen führen und gleichzeitig auch mögliche wünschenswerte Entwicklungen in der Bundesrepublik verbauen. Unstrittig und wichtig ist dagegen die Anhebung der Leistungen im DDR-Sozialleistungssystem. Dieses darf aber nicht dazu führen, daß in der Bundesrepublik seit langem ausstehende, allgemein bejahte Sozialleistungsreformen auf viele Jahre verschoben werden.

Dies sind zum Beispiel:

- eine Pflegekostenneuordnung („Pflegeversicherung“, wie sie die AWO seit 1976 verlangt),
- Anhebung der Regelsätze nach dem Bundessozialhilfegesetz und der Kindergeldsätze,
- zusätzliche Mittel zur Beschäftigung von Arbeitslosen und zum Sozialwohnungsbau,
- die Einführung einer sozialen Grundsicherung.

Die Arbeiterwohlfahrt ist der Ansicht, daß für ein wirtschaftlich gesundes Land wie die Bundesrepublik sowohl die solidarische Angleichung des DDR-Sozialsystems an unser System als auch die notwendigen Verbesserungen der Sozialleistungen für DDR-Bürger schrittweise möglich sein müssen.

(-/22.3.1990/rs/fr)

* * *